



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER VIERTEN SITZUNG
DES KONVENTS DER 33

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA QUARTA RIUNIONE
DELLA CONVENZIONE DEI 33

vom 10.06.2016

del 10/06/2016

Vorsitzender

Dr. Christian Tschurtschenthaler

Presidente

Ore 18.07 Uhr

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident):(Text ist nicht aufgezeichnet worden)

KOMPATSCHER Arno (Landeshauptmann): Die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes, ich habe es schon vorher erwähnt, war in den Jahren zuvor auch immer wieder problematisch. Insbesondere auch mit den Hinweisen, dass gewisse Tatbestände/Sachbereiche zum Beispiel dem Zivilrecht zuzuordnen sind, die wir eigentlich irgendwo anders gesehen haben. In der Raumordnung ist das auch häufig vorgekommen und auch in anderen Bereichen, wo man gesagt hat, dass man zwar primäre Kompetenz in der Raumordnung, aber nicht im Zivilrecht hätte und das ist Zivilrecht. Solche Geschichten sind passiert, auch jene, dass man uns Kompetenzen abgesprochen hat, wo man gesagt hat, dass dies Umwelt ist. Ihr habt zwar die Zuständigkeit für Raumordnung und Bauleitpläne und Landschaftsschutz, diese sind im Autonomiestatut hintereinander gereiht, aber Umwelt kommt nicht vor. 1972 gab es diesen Begriff als Teil der Rechtsordnung nicht. Man hat aber gemeint, dass dies unter Raumordnung und Landschaftsschutz enthalten ist.

Der Verweis auf die grundlegenden Bestimmungen der wirtschaftlich-sozialen Reformen des Staates, diese Schranke, die im Autonomiestatut für unsere Gesetzgebungsbefugnis drinnen ist, ist auch vom Verfassungsgerichtshof immer wieder extensiv interpretiert worden. Da gibt es das berühmte Beispiel der Jagd, wo man ein staatliches Jagd-Rahmengesetz erlassen hat und dort eine Liste beigelegt hat, und zwar eine Liste der jagdbaren Arten. Dann aber, obwohl wir die primäre Gesetzgebungsbefugnis für die Jagd haben, hat man behauptet, dass diese Liste Gegenstand einer grundlegenden wirtschaftssozialen Reform des Staates ist und wir deshalb für

die jagdbaren Arten nicht zuständig sind. Soviel, um auch das Problem Rechtssprechung des Verfassungsgerichtshof darzustellen. Das ist aber noch nicht so sehr der Grund, denn es ist nur ein Teil, warum wir sagen, wir sollten darüber diskutieren, was man am Text unseres Statuts verbessern kann.

Der Reformvorschlag Renzi ist auf dem Tisch. Diese Föderalisierung ist nie wirklich umgesetzt worden. Die Probleme in Bezug auf Südtirol habe ich erläutert, aber in den anderen Regionen hat es nie wirklich stattgefunden, auch weil man damit nicht unbedingt eine Fiskalautonomie verbunden hat. Es hat gefehlt. Es ist nur teilweise und halbherzig umgesetzt worden, weil inzwischen auch andere Regierungen in Rom am Handeln waren und nicht jene, die ursprünglich diese Reform angedacht haben. Es hat auch Skandale in den Regionen gegeben und jetzt ist Renzi da, der das umdreht und eine weitere Verfassungsreform ins Feld führt. Neben der Abschaffung des perfekten Zwei-Kammern-Systems ist auch wiederum die Reform des Abschnittes, der die Beziehungen zwischen dem Staat und den Regionen betrifft, vorgesehen, und zwar in umgekehrter Form. Es sollen Kompetenzen wieder zurückgehen.

Wir haben heute, und jetzt kommen wir schon zum aktuellen Thema, auch wieder eine Schutzklausel verhandelt. Das Ganze ist noch nicht rechtskräftig, es fehlt ja noch die Volksbefragung im Sinne von Art. 138 der Verfassung, aber zumindest im Parlament ist dieser Text bereits genehmigt und der sieht im Art. 39 wiederum eine Schutzklausel vor. Die unterscheidet sich etwas von der vorhergehenden, es ist keine Besserstellungsklausel. Das wäre auch nicht unbedingt sinnvoll, wenn sowieso alles Richtung Staat zurückgeht. Was soll da schon besser werden? Es ist einfach nur eine Schutzklausel im Sinne von: Das gilt nicht für die autonomen Regionen und die autonomen Provinzen Bozen und Trient bis zur Überarbeitung der Autonomiestatute, der Grundlage von Einvernehmen. Das ist die neue Klausel. Neu ist hauptsächlich dieses Einvernehmensprinzip. Ich darf eine Klammer aufmachen: Das hat jetzt dazu geführt, dass in der aktuellen Debatte über das Ja oder Nein bei der Volksbefragung sich eine Reihe von

Verfassungsrechtlern gemeldet haben, zuletzt der ehemalige Präsident des Verfassungsgerichtshofes De Siervo, der im "Corriere della Sera" gesagt hat, dass er gegen die Verfassungsreform stimmen wird, weil sie zum einen eine völlige Entmachtung der Regionen mit Normalstatut zur Folge haben wird. Diese werden, so wörtlich De Siervo, zu Verwaltungsprovinzen zurückgestuft, aber gleichzeitig eine Stärkung der Privilegien der Regionen mit Sonderstatut. Das ist die Sichtweise von De Siervo wegen dieses Einvernehmens, das es bisher nicht gab. Man hört schon, jetzt kann man auch bei Sizilien nichts mehr ändern, denn dieses muss einverstanden sein, wenn man was ändert.

Bei uns stellt sich das noch einmal anders dar, denn bei uns gibt es auch den internationalen Schutz, der aufgrund des Gruber-Degaspari-Abkommens dazukommt. Wir haben also diese Schutzklausel mit dem Einvernehmen. Das gibt uns die Möglichkeit, jetzt auch aktiv an der Überarbeitung zu arbeiten, weil der Text, der dann im Parlament genehmigt oder nicht genehmigt wird, ... Es kann auf jeden Fall nicht so sein, dass man etwas anderes daraus macht, denn wenn schon Abänderungen, dann nur im Einvernehmen. Das ist der Vorteil und das ist jetzt die Chance für diesen Konvent. Dazu ist noch ein Dynamisierungsartikel hinein gekommen, nennen wir ihn so. Art. 116 Abs. 3 des Verfassungsgesetzvorschlages sieht vor, dass künftig auch Kompetenzen mittels Staatsgesetz an die Regionen mit Sonderstatut und an die autonomen Provinzen übertragen werden können. Das gab es bisher nicht. Das ist auch eine Möglichkeit, dies jetzt auszubauen. Ich habe gesehen, dass es auf der heutigen Tagesordnung auch darum geht, nämlich um den Ausbau der Autonomie. Das könnte künftig, wenn die Verfassung in Kraft tritt, das ist noch lange nicht gesagt, auch mit Staatsgesetz erfolgen, nicht nur mit Verfassungsgesetz.

Einen Hinweis noch zu diesem ersten Themenkreis. Auch in Rom liegt ein Verfassungsgesetzentwurf auf, denn man ist natürlich nicht untätig geblieben. Das eine ist der Konvent, der diese Grundsatzdebatte führt, das andere ist das, was sich aktuell ständig abspielt. So haben wir in Rom auch schon einen Vorschlag aufgelegt, der die Zuteilung weiterer Kompetenzen ver-

langt. Alles, was bisher konkurrierend war, Art. 117 der Verfassung, sollte für uns primäre Gesetzgebungsbefugnis werden. Außerdem ist darin auch die Übertragung der Gesetzgebungsbefugnis im Bereich der Gemeindeordnung von der Region auf die beiden Länder beinhaltet.

Da bin ich schon bei der Region. Natürlich wird das Ihr Thema neben diesem Thema, das Sie heute schon auf der Tagesordnung haben. Was kann man alles dazunehmen? Was kann man alles fordern? Was sollte alles noch autonome Zuständigkeit des Landes werden? Eine Frage, mit der Sie sich sicherlich beschäftigen werden, ist: Was ist die Rolle der Region? Hier noch einmal der geschichtliche Rückblick. Wir wissen, dass es seinerzeit eine große Enttäuschung war, als der Pariser Vertrag im ersten Autonomiestatut als regionale Autonomie interpretiert worden ist. Da kam dann entsprechend dazu, dass man in der Minderheit war als sprachliche Minderheit auch im autonomen Rahmen. Das hat ja zum Los von Trient (Sigmundskron) geführt und entsprechend dann zur Streitaufwerfung von der UNO und all den Folgen bis zum Zweiten Autonomiestatut. Aber diese Region ist dann mit dem Zweiten Autonomiestatut nicht verschwunden, sondern sie ist immer noch da. Es ist immer noch das Autonomiestatut, das dies einheitlich regelt, und zwar mit klaren Hinweisen auf die beiden Länder. Zuletzt stärker die Betonung der Länder, aber es gibt immer noch diese Region und deshalb ist sicherlich auch darüber nachzudenken, was die Rolle der Region heute ist. Die Frage, die ich mir erlaube zu stellen, ist: Wie viel Sinn macht die Gesetzgebungsbefugnis auf regionaler Ebene, wenn in den Gesetzen, die im Regionalrat herauskommen, regelmäßig drinnen steht: In der autonomen Provinz Trient soll Folgendes gelten und in der autonomen Provinz Bozen soll etwas anderes gelten?

Die Gemeindeordnung ist hier das eklatante Beispiel. Wir haben zwar eine Gemeindeordnung, die als ein Gesetz daherkommt, aber im Prinzip zwei Gesetze sind, und zwar eines für Trient und eines für Bozen. Der entsprechende Vorschlag liegt bereits auf, dass das die Landtage regeln sollen und nicht der Regionalrat, der es für die beiden Länder eh getrennt regelt.

Aber wahrscheinlich wird die Diskussion darüber hinausgehen. Das werden Sie sicher diskutieren und die Frage, welche Rolle das sein soll.

Die Frage, die sich aber auch stellen wird, der Gedanke ist vielleicht in diesem Zusammenhang gleich weiterzuführen, ist die Rolle der Europaregion. Dort sind wir auch wieder im Bund mit dem Trentino, aber auch mit dem Bundesland Tirol. Diese Rolle kommt momentan überhaupt nicht vor. Wie schon vorher erwähnt: Europa war 1972 kein Thema. Dieser EVTZ ist schwer erkämpft worden, ist auf europäischer Ebene auf der Grundlage von Beschlüssen der europäischen Institutionen entstanden und ist jetzt eine Institution mit Rechtspersönlichkeit, die auch einen realen öffentlich-rechtlichen Charakter hat, aber im Autonomiestatut nicht vorkommt. Die Frage ist, inwieweit auch in einem verfassungsrechtlichen Text Italiens man hier dieses Thema auch spielt bzw. es auf jeden Fall Gegenstand von Debatten hier sein kann, dieses Projekt, diese Vision einer Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino, die diese Grenze am Brenner überwindet, ein hochaktuelles Thema, die eine neue Vision für ein kleines Europa in Europa eines Brückenlandes zwischen Norden und Süden in Europa sein kann. Auch das ist mit Sicherheit ein spannendes Thema.

Wenn wir vom Überarbeiten des Autonomiestatuts reden, und ich komme auch zum letzten und wichtigsten Teil aus meiner Sicht meines Vortrages, dann müssen wir uns schon zurückbesinnen, worum es im Autonomiestatut überhaupt geht. Es sind die vielen zeitlichen Aspekte und vielen Änderungen in Europa und in Italien, die dazu führen, den Text zu ändern, aber bevor man diesen Text angreift, muss man sich schon bewusst werden, worum es hier wirklich geht. Südtirols Autonomie ist in erster Linie Schutzinstrument und Entwicklungsinstrument, Volksgruppenschutzinstrument, Instrument des Schutzes für die sprachliche Minderheit. Ich zitiere aus dem Pariser Vertrag: "*Special provisions to safeguard the ethnical character and the cultural and economic development of the german speaking element*". Die Ladinier hat man damals bekanntlich vergessen. Das ist die Rechtfertigung, die Grundlage und die Ziel-

setzung der Autonomie. Das erlaube ich mir hier schon noch einmal ganz stark in Erinnerung zu rufen.

Es geht in erster Line darum, und das unterscheidet unsere Autonomie von einer reinen Territorialautonomie: Was ist eine Territorialautonomie? Das ist das Zugeständnis von mehr oder weniger Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnissen an einzelne Territorien durch die übergeordnete Körperschaft, dem Staat, dem Bundesstaat, was auch immer. Das ist eine Territorialautonomie und die weist den Schutzcharakter nicht auf. Dieser fehlt bei der Territorialautonomie, diese besondere Schutzfunktion, das ist das qualifizierende Element und das ist auch der Unterschied unserer Autonomie auf inhaltlicher Ebene zu den anderen Autonomien. Weil diese Autonomie aufgrund dieses Vertrages vorhanden ist, gibt es auch den Unterschied auf rechtlicher Ebene, nämlich die völkerrechtliche Relevanz dieser Autonomie. Südtirols Autonomie stellt die Erfüllung eines völkerrechtlichen Vertrages dar, also die Erfüllung von Verpflichtungen, die Italien gegenüber Österreich aufgrund eines völkerrechtlichen Vertrages hat. Da zitiere ich immer den ehemaligen Staatspräsidenten Giorgio Napolitano - Luis Durnwalder war dabei, denn er hat mich vorgestellt, so war das damals, denn er hat ihn öfters getroffen -, der zu mir gesagt hat: *"Lei si ricordi sempre che questo rende speciale la vostra autonomia tra le speciali."* Das ist der qualifizierende Unterschied. Dieser Tatsache sollte man sich schon bewusst sein. Ich erlaube mir auch aus der Sicht eines Vertreters der Regierungspartei SVP, die ja maßgeblich diesen Prozess ins Leben ruft, ... Ich erinnere noch einmal: Teil des Koalitionsprogramms zu sagen, dass für uns natürlich die Konsequenz aus dieser Sache ist, dass die Säulen des Sprachgruppenschutzes, des Volksgruppenschutzes, des Minderheitenschutzes für uns unantastbar sind. Das ist für Sie kein Präjudiz darüber zu diskutieren, das ist aber für Sie wichtig zu wissen, wenn danach im Landtag, wo dann wieder die politischen Mehr- und Minderheiten Entscheidungen herbeiführen, die Sache auf jeden Fall auch von uns aus unserer Sicht gesehen wird. Wir kennen diese Instrumente und ich glaube diese Instrumente haben sich bewährt. Wir leben

heute in einem Land, wo wir Frieden zwischen den Sprachgruppen haben, wo die Interaktion stattfindet, wo es nicht zur Segregation gekommen ist, aber wo dieses Aufeinanderzugehen möglich geworden ist, gerade weil diese Instrumente Sicherheit geben, dass man nicht majorisiert wird, dass man nicht überrollt wird. Deshalb sollte uns bewusst sein, welche Bedeutung diese Fundamente unserer Autonomie haben. Dieser Zusammenhang mit dem Pariser Vertrag, die Tatsache, dass es Erfüllung ist, Streitbeilegungserklärung, Erklärung Andreottis im Parlament, zuletzt der Briefwechsel Renzi-Faymann, der Ausdruck dieser Geschichte war, dass er Österreich-Schutzfunktion hat. Das ist auch der Grund warum ich, und ich bin nicht alleine, nicht gerne vom 3. Autonomiestatut spreche, nicht nur nicht gerne, sondern überhaupt nicht. Es wird sehr oft gesagt, man würde jetzt am 3. Autonomiestatut arbeiten. Da wäre die Frage, ob man sich loslöst von der Geschichte, die bisher war. Nein, es geht um die Überarbeitung des 2. Autonomiestatuts. Das ist ein qualifizierender Unterschied, denn eines muss aus meiner Sicht sichergestellt sein und bleiben, nämlich dass das die Erfüllung der völkerrechtlichen Verpflichtung Italiens gegenüber Österreich ist. Das muss sichergestellt sein! Wenn das nicht klar hervorgeht, dann könnte man auch das Einvernehmen, das vorgesehen ist, mit Sicherheit nicht geben.

Chiudo dicendo che l'autonomia non è soltanto strumento di tutela, di garanzia per le minoranze, è anche strumento di sviluppo. Questo lo dice in parole molto povere l'accordo Gruber-De Gasperi, però lì dentro c'è un universo. Cosa vuol dire sviluppo di un territorio? Qui parliamo di organizzazione anche politica di un territorio, di partecipazione, come funziona la democrazia, gli organi, gli istituti, le istituzioni, parliamo soprattutto della questione sociale oltre a quella economica. Sviluppo non vuol dire soltanto economia, vuol dire sviluppo anche dell'individuo, qui parliamo di istruzione, formazione e tante altre cose che sono tutte comprese nelle competenze che noi, in base al nostro Statuto, abbiamo. Però è giusto che quando si parla di revisione dello Statuto di autonomia, non si parli soltanto degli aspetti giuridici, di costru-

zione di un sistema, di ancoraggio e quant'altro, ma anche di merito. Credo che soprattutto nel Forum dei 100 queste tematiche vengano portate avanti. Poi non confluiranno magari in una proposta per un eventuale disegno di legge costituzionale, però comunque sarà un messaggio su come noi intendiamo lo sviluppo del nostro territorio anche come società, perché è il nostro Statuto e questo sviluppo riguarda la nostra società. Questa forse è anche la cosa più interessante del dibattito odierno, fare il punto di dove siamo arrivati, perché un conto sono gli strumenti, finora abbiamo parlato di strumenti di tutela, competenze, ancoraggi, garanzie però alla fine è importante quello che riusciamo a fare con questi strumenti, qual è l'indirizzo che dobbiamo intraprendere sia per quanto riguarda i nostri rapporti interni ma anche quelli verso l'esterno, e torno al discorso europeo, Euregio, un territorio che si vede come una cerniera tra il mondo culturale ed economico austro-germanico e quello italiano e una piccola Europa in Europa.

Con ciò chiudo, sono disponibile a qualche domanda se fosse necessario, però faccio un ragionamento anche sul *modus operandi*. Voi vi siete già dati un vostro modo di operare, in parte lo svilupperete ancora durante i lavori, però per quanto riguarda l'idea di come andare avanti, Vi do qualche indicazione. Purtroppo la legge che ha istituito questa Convenzione prevede che ne venga fuori un articolato, credo che sarà difficile che possa venire fuori un articolato completo, perché comunque quello che ne verrà fuori sarà oggetto di discussione prima in Consiglio provinciale a Bolzano, poi in Consiglio regionale, poi comunque vada la proposta approderà al Parlamento italiano, non sappiamo ancora se sarà con un parlamento a due rami o a un ramo solo, sarà oggetto di trattativa prima con il Governo e per questo partire con un articolato forse mi permetto di dire sarebbe controproducente. Forse sarebbe meglio partire con un documento che dia indicazioni concrete e precise ma non formalizzate a livello di articolato, che sarebbe anche un po' pretestuoso. Forse sarebbe meglio dare l'indicazione che lo Statuto

dovrebbe prevedere che, e non già formulare un articolo, che forse è meglio lasciare ai giuristi a tutti i livelli, perché sarà sicuramente oggetto di tante discussioni.

Quello che esce fuori da questa Convenzione dovrà essere discusso in Consiglio provinciale, poi è previsto che ci sarà una fase di coordinamento cercando di mettere insieme quello che viene fuori da Bolzano e quello che viene fuori dalla Consulta di Trento, perché anche a Trento stanno discutendo dello Statuto, non della proporzionale che non hanno, però di altri aspetti sì. Sul ruolo della Regione ci saranno sicuramente anche le proposte trentine, che saranno un po' diverse dalle nostre, perché ogni volta che ne discutiamo in Consiglio regionale ci rendiamo conto che abbiamo idee abbastanza distanti per quanto riguarda il ruolo della Regione. Non è che la Regione possa imporre poi al Consiglio provinciale di Bolzano ciò che deve approvare, però ci sarà il tentativo di trovare una condivisione, perché l'art. 103 dello Statuto prevede questo iter: i due consigli formulano una proposta, la Regione poi la discute e la manda a Roma, perciò dovremo fare questo tentativo, perché in caso non riuscissimo a trovare una condivisione, il lavoro non sarebbe stato fatto per niente, comunque sarà un'indicazione per la politica, per il futuro del nostro territorio. Ci sarebbe la possibilità di fare proposte con l'iniziativa di singoli parlamentari, però queste proposte avrebbero meno probabilità di essere approvate, che sono comunque accettate dal Governo, perché c'è poi la proposta diametralmente contrastante da parte dell'altra provincia. Questo per dare un'indicazione di come si cercherà di lavorare dopo.

Io credo che ne usciranno tante proposte, credo che non sarà possibile realizzarle tutte, e anche quelle che riusciremo a portare a buon fine qualcuna prima e qualcuna dopo. Questo deve essere chiaro a tutti, però è giusto che adesso si cerchi di fare il punto della situazione, di formulare le proposte, gli obiettivi anche lungimiranti per il nostro territorio in un contesto che è quello mondiale, europeo, nazionale e locale. Questo sarà il Vostro lavoro, e per questo Vi auguro buon lavoro.

Danke schön und gute Arbeit!

APPLAUS

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Herzlichen Dank, Herr Landeshauptmann für Ihre Ausführungen. Wie der Landeshauptmann bereits angekündigt hat, sollten jetzt nur ein paar kurze Fragen folgen, weil der nächste Termin schon wartet. Bitte.

DELLO SBARBA Riccardo: Ringrazio il presidente della Giunta provinciale per la relazione. Mi sembra interessante questa cosa dei due termini: tutela e sviluppo, e come si colloca il rapporto tra tutela e sviluppo oggi rispetto al 1972 in modo tale che lo sviluppo non travolga la tutela e che la tutela non freni lo sviluppo. Questa è la scia da percorrere, riprendendo quello che Lei ha detto.

Due domande. Lei dice che non è un terzo Statuto. Noi abbiamo ricevuto, tra i materiali che ci hanno dato, un libretto del Trentino. Man geht davon aus, dass es um das 3. Autonomiestatut geht. Visto che Lei è quello che vede più di tutti noi i trentini, perché siede in Giunta regionale di cui da lunedì prossimo sarà anche presidente, Le chiedo se c'è un confronto su questo, ne avete parlato? Vorremmo capire qual è l'obiettivo, se l'obiettivo loro è così alto e il nostro no.

La seconda questione è questa. Noi abbiamo scelto come primo blocco su cui lavorare la questione delle competenze che, come Lei sa, è molto interessata dalla riforma Boschi-Renzi, il grosso nodo è lì, e se passa quella riforma cambia completamente il quadro. Quando abbiamo discusso in Consiglio provinciale tanto tempo fa, mi pareva che ci fosse la volontà da parte delle due Giunte provinciali di Trento e di Bolzano di reagire immediatamente con un disegno di legge costituzionale delle Giunte, da presentare in Consiglio provinciale sulla questione delle

competenze, perché si impone una certa urgenza. C'è ancora quella intenzione? Vorremmo saperlo perché ci riguarda anche per il nostro lavoro.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Danke, Riccardo. Ich würde jetzt noch zwei Fragen sammeln. Wer möchte noch eine Frage an den Landeshauptmann stellen? Roberto, bitte.

BIZZO Roberto: Sulla preoccupazione di quando entrerà in vigore, c'è la clausola sospensiva. Non voglio con questo rubare la risposta.

KOMPATSCHER Arno (Landeshauptmann): Ha già risposto il presidente del Consiglio provinciale. Non c'è fretta, perché c'è comunque la clausola di salvaguardia, però finché non riusciamo a portare a termine la revisione dello Statuto ai sensi dell'art. 39, c'è la situazione di stallo che abbiamo adesso, e non è molto soddisfacente, e guardo la dott.ssa von Guggenberg. Sappiamo che avere due costituzioni che vigono contemporaneamente, l'ho spiegato per esempio alla delegazione del Bundestag che c'è una clausola di salvaguardia che ha l'effetto, sempre che il referendum abbia esito positivo, che sarebbe in vigore la nuova Costituzione per il resto d'Italia e per le regioni a statuto speciale ci sarebbe ancora la vecchia costituzione per quanto riguarda il rapporto Stato-Regioni, e sarebbe una cosa un po' strana. Potremmo anche dire che per noi non cambia niente, però abbiamo avuto l'esperienza del 2001 in cui la Corte costituzionale poi è in difficoltà ad applicare le regole vecchie sui vecchi e quelle nuove sui nuovi, spesso tende a fare un miscuglio e quello non è sempre positivo per noi. Per questo c'è anche l'interesse da parte nostra di portare avanti questa revisione. Adesso possiamo portarla avanti in sicurezza, perché c'è il principio di intesa che prima non c'era. Per quello daremo un'intesa soltanto a una riformulazione del nostro Statuto che almeno come minimo ci garantisca ciò che

abbiamo, però ovviamente anche quello non ci basterà, perché allora potremmo lasciar perdere, qualcosa dovrà aggiungersi. Noi abbiamo già depositato quel disegno di legge costituzionale, ma non perché bisognava intervenire altrimenti si applica già la Costituzione nuova e tutto l'accentramento nei nostri confronti. No, volevamo portarci avanti, perché prima lo facciamo meglio è, anche per quanto riguarda i rapporti col Governo, perché ce ne potrebbe essere uno di un altro tipo, e non si sa mai quale tipo di governo potrebbe essere.

Aggiungo che se il referendum di ottobre avesse un esito positivo, avremmo la legge di stabilità del 2017 a novembre. Qui ci sarebbe già la possibilità di inserire qualche proposta di trasferimento di competenze con legge, perché allora la nuova legge costituzionale lo permetterebbe, fra le quali enumero l'ambiente.

Per quanto riguarda il tema del terzo Statuto trentino ho cercato di spiegarlo in tutti i modi agli amici trentini, perché soprattutto loro devono essere interessati a mantenere lo spirito e l'ancoraggio all'Accordo De Gasperi-Gruber, per questo non capisco perché si continui a parlare di terzo Statuto. Io per quanto mi riguarda non l'ho mai fatto e non lo farò, anche perché il disegno di legge costituzionale stesso parla di revisione dello Statuto. Rimane lo Statuto che abbiamo, che ha questo ancoraggio internazionale che viene revisionato, non adeguato.

NIEDERHOFER Wolfgang: Kurze Frage zu den Ausführungen im Zuge des Reformvorschlages Renzi. Da wurde erwähnt, dass zukünftige Änderungen am Autonomiestatut in Zukunft dann auch mit einfachem Staatsgesetz möglich sind. Wie ist das zu verstehen? Im positiven Sinne, dass auch eine dicke Kompetenz mit einfachem Staatsgesetz an Land geholt werden könnte oder, im negativen Sinne, dass auch etwas mit einfachem Staatsgesetz weggenommen werden kann?

● ● ● ● ● ● ● ●

KOMPATSCHER Arno (Landeshauptmann): Der Text lautet nicht, dass zukünftige Änderungen mit einfachem Staatsgesetz vorgenommen werden können. Solch eine Geschichte wäre eine Verletzung der internationalen Verpflichtungen gegenüber Österreich. Das wäre ein Fall für Den Haag. Dort steht drinnen: "*Zusätzliche Kompetenzen können mit einfachem Staatsgesetz übertragen werden.*" Mit einfachem Staatsgesetz kann es nur mehr werden. Sonst wäre es natürlich eine Katastrophe.

BIZZO Roberto: Volevo tornare un attimo sulla risposta del presidente Kompatscher perché c'erano due cose che vorrei riprendere, perché le trovo estremamente importanti.

Lui diceva che per un certo periodo avremo in essere due costituzioni differenti e poi la questione sulle competenze. Una delle accuse fatte da molti di noi, anche da me, a questa riforma costituzionale, era quella di essere una riforma molto accentratrice soprattutto per le regioni ordinarie, però dentro lascia aperta un'ipotesi che secondo me è straordinariamente importante sia per le ordinarie che per le differenziate, cioè il nuovo testo dell'art. 116 che dice che a condizione che i rispettivi bilanci siano in pareggio, possono essere concesse alle regioni che ne fanno richiesta anche ulteriori funzioni rispetto a quelle che sono previste dal successivo articolo 117. Introduce cioè degli elementi in grado di dare anche alle regioni ordinarie, non dico anche alle speciali, ulteriori competenze. Questo se amplia lo spettro delle competenze teoriche delle regioni ordinarie, lo amplia anche per quanto riguarda le regioni speciali.

Dentro questa riforma gli spazi per crescere da parte nostra ci sono.

KOMPATSCHER Arno (Landeshauptmann): Mi permetto di precisare una cosa. Per le regioni a statuto ordinario c'era già nella Costituzione precedente, mai attuata, nessuno l'ha mai chiesta, mentre per noi non c'era, perché avevamo lo Statuto speciale. Adesso questa si aggiunge esplicitamente anche per noi. Questa è la novità.

● ● ● ● ● ● ● ●

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Letzte Frage. Florian, bitte.

VON ACH Florian: Kurze Frage. Wie würden Sie das einschätzen, wenn im Herbst bei der Volksabstimmung das Nein gewinnt?

KOMPATSCHER Arno (Landeshauptmann): Das ist durchaus im Bereich des Möglichen, das wissen wir. Das bedeutet, dass diese Verfassungsreform versenkt ist klarerweise. Das bedeutet für uns, dass es auch diese Änderung Artikel 116 Absatz 3 nicht gibt und auch diese Einvernehmensklauseln wie sie heute sind. Wir sind wieder auf dem Stand der Reform 2001 mit dem Problem, dass die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs aus diesem Nicht-Überarbeiten unserer Autonomie und dieser Situation, dass die Texte nicht koordiniert sind, und zwar im Sinne, dass wir uns gegen die Neuerungen nicht gewappnet haben, die sich leider nicht besser auswirken, sondern auch negativ, dass wir in dieser Situation weiter sind. Wir haben die alte Verfassung, das ist klar. Man kann sagen, Italien bleibt föderalistischer als es Renzi jetzt plant. Das ist der positive Aspekt, denn die Regionen mit Normalstatut behalten ihre Zuständigkeiten. Wir sind aber im Dilemma, dass wir nicht eine Schutzklausel haben, die das Einvernehmensprinzip vorsieht und das würde uns doch fehlen. Dieses Einvernehmensprinzip wird inzwischen von allen Kommentatoren, das betone ich noch einmal, als ein ganz großes Novum in der italienischen Rechtsordnung interpretiert, dass man jetzt nichts mehr machen kann ohne die Betroffenen zu fragen.

VON ACH Florian: Danke. Was würde dann mit der Überarbeitung des Autonomiestatus passieren? Wäre diese bei einem Nein auch hinfällig oder würde dieser Prozess weitergeführt werden?

● ● ● ● ● ● ● ●

KOMPATSCHER Arno (Landeshauptmann): Ich wäre auf jeden Fall der Meinung, dass dieser Prozess weiterzuführen ist. Das ändert aber natürlich die Möglichkeit, dass unmittelbar ... Alles ist sowieso nicht umsetzbar, denn das wird ein Wunschcatalog werden. Das soll es hoffentlich werden, dass man sich auch traut, ein bisschen über den Tellerrand hinauszuschauen, aber das bedeutet, dass dieser Sicherungsmodus nicht da ist, dass wir in der Situation sind, dass Abänderungen im Parlament ihren Weg gehen. Das heißt nicht, dass wir absolut ungesichert unterwegs wären. Es gilt immer noch alles, was 1992-Stand ist, auf jeden Fall. Wir betonen auch das danach. Das ist unsere Interpretation. Der Staat sieht das möglicherweise anders. Aber es gilt immer noch, dass es die Erfüllung eines internationalen Vertrages ist, dass man uns im Parlament nicht einfach über den Haufen fahren könnte, aber dann müsste man wahrscheinlich versuchen, diesen Absicherungsmodus für uns – das wäre mein Ziel – eigens zu verhandeln, nur für Südtirol. Das ist auch eine realistische Möglichkeit, die man dann versuchen muss, zu beschreiten und dann versuchen, diese Inhalte weiterzubringen, auch mit Einbeziehung Österreichs. Es gibt, abgesehen von der Brennerfrage, sonst ein doch recht gutes Verhältnis zwischen den beiden Staaten, was die Südtirol Autonomie anbelangt, und das seit Jahrzehnten schon. Hier kann mein Vorgänger wesentlich mehr darüber berichten. Auch unter Einbeziehung Österreichs müsste das der Versuch sein. Dem müsste man Rechnung tragen. Alles, was jetzt dieses Projekt anbelangt, wäre klarerweise vom Tisch.

SASSI Olfa: Prima Lei ci ha dato l'indicazione di riflettere sulla Regione in termini di abolizione o meno. Io come cittadina penso che bisogna partire dal fatto che le autostrade che portano in Trentino-Alto Adige come la Valdastico, l'Alemagna che passano dalla nostra provincia, gli interporti che ci sono anche in Trentino, queste cose molto importanti per l'economia

altoatesina devono essere pensate anche a livello regionale. Noi come Provincia non possiamo pensarci da soli.

Per quanto riguarda la tutela dell'ambiente ci sono anche le discariche, gli aeroporti, gli scali ferroviari che non possiamo pensare da soli. Fra due giorni andiamo a votare sul referendum dell'aeroporto. Noi siamo una provincia appartenente ad una regione con capoluogo Trento che non ha pensato all'aeroporto, invece noi lo pensiamo. Chiedo se ci chiarisce anche questo, sempre legando le cose alla regione.

Seconda domanda. Ha parlato dello sviluppo sociale. Nella nostra società ci sono più di 35 mila persone regolarmente soggiornanti che non hanno ancora diritto di voto alle elezioni amministrative. Visto che la nostra società si sta sviluppando e crescendo in termini di crescita demografica, noi pensiamo di coinvolgerli veramente o no, anche perché come comunità sono tanti e in rapido aumento?

Dentro questo c'è il fenomeno dei rifugiati. Noi siamo una provincia di frontiera, quindi decisiva per certe cose. Come vogliamo andare avanti senza discriminare nessuna provenienza?

KOMPATSCHER Arno (Landeshauptmann): Per quanto riguarda la Regione non vorrei essere frainteso. Io ho parlato del ruolo dell'ente regione, la Regione autonoma Trentino-Alto Adige/Südtirol così come la nomina la Costituzione. È necessario che vi sia un organo legislativo a livello regionale. Mi permetto di porre una domanda, ognuno può dare la risposta che vuole: affinché ci sia la collaborazione, la visione più ampia delle problematiche che si affrontano, perché le questioni che Lei ha elencato non riguardano soltanto il Trentino e il Südtirol, ma riguardano anche il Tirolo e sono questioni che riguardano spesso tutto l'arco alpino dove collaboriamo adesso anche all'interno delle Usalp con le altre regioni. Va ripensato anche secondo i rappresentanti trentini il ruolo della Regione, forse lo intendono in un altro modo, però va ripensato perché così come si presenta oggi è una cosa un po' anacronistica, perché lì

parliamo di cose che non sono quelle che Lei ha detto, perché non parliamo di sistemi logistici, intermodalità e altro. Quando mai lo facciamo in Regione? E qui ci sono consiglieri regionali, purtroppo parliamo di cose piccole delle due province.

Poi il tema della collaborazione è un altro forse. Lascio a voi ogni dibattito su questo, però non era nel senso di provincializzazione, chiudersi nel proprio piccolo. Noi dovremo sempre metterci di più in rete, diventare più europei, il tema è se a tal fine è utile un ente Regione organizzato così come è oggi? Io ho qualche dubbio.

Per quanto riguarda la questione della residenza anagrafica per il diritto di voto, sappiamo che è uno degli strumenti di tutela pensato per loro e sappiamo che da tanti anni c'è chi dubita sulla necessità di questa cosa, qui non uso mezzi termini, e da anni si difende perché si dice che finché siamo amici funziona tutto bene, però non si sa mai. Non commento oltre. Questo strumento è stato pensato allora, ha avuto e ha questa funzione, allora anche nell'ottica e nel ricordo di una politica dello Stato che era una politica di nazionalizzazione e non soltanto nell'era fascista, ma anche purtroppo nella prima era democratica della Repubblica italiana e da lì è partito quel ragionamento. Questo va ricordato. Poi si può discutere di tutto.

Per quanto riguarda il tema dei nuovi cittadini in genere, e il tema dei rifugiati è ancora un altro tema, sicuramente i nuovi cittadini dovranno essere un tema, mentre i rifugiati sono un tema speciale, dentro questa cosa, perché hanno uno status speciale, di diritto internazionale che è uno status precario. Finché non hanno riconosciuto il diritto d'asilo hanno questo status, e qui entriamo nel merito del diritto internazionale. Qui ci sono esperti che ne sanno molto più di me.

Mi fermo qui, perché sarete voi a discutere le cose.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Ich bedanke mich beim Herrn Landeshauptmann für die Zeit, die er uns geschenkt hat und für seine Ausführungen. Wir wünschen ihm noch einen nicht zu anstrengenden Abend.

APPLAUS

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Wir haben von Euch verschiedene Vorschläge bekommen, die wir Euch weitergeschickt haben. Wir möchten uns bedanken, dass einiges an Anregungen eingegangen ist. Wir haben es ganz bewusst allen zugeschickt, dass jeder einen Überblick hat, was eingegangen ist.

Ich bitte jetzt Kollegin Laura und danach Kollegin Edith eine Darlegung über die nächsten Schritte zu machen. Wir haben uns Gedanken darüber gemacht, wie es heute und die nächsten Male weitergehen soll. Dazu werden wir dann einen Vorschlag machen.

Prego, Laura.

POLONIOLI Laura: Buona sera a tutti. Vi rubo solo cinque minuti per dare delle indicazioni a livello organizzativo relativamente al lavoro su questo macrotema “Ampliamento dell’autonomia”.

Negli scorsi giorni avete ricevuto l’ordine del giorno e lo schema definitivo sul tema. Lo schema definitivo è stato elaborato dall’ufficio di presidenza partendo dalla proposta già trasmessaci da Esther Happacher e Renate von Guggenberg. Volevo spiegarvi che rispetto alla proposta che voi già avevate, che abbiamo ritenuto come presidenza di spostare due punti, mi riferisco al punto 3 del nuovo schema definitivo: principio del parallelismo tra legislazione e amministrazione, coordinamento tra Stato e Provincia per quanto riguarda l’esercizio delle competenze amministrative di interesse comune e principio di sussidiarietà, nell’area tematica 2 e 5 e il punto 4: ruolo delle norme di attuazione dello Statuto speciale e ruolo delle commissioni paritetiche nell’area tematica 2, cioè riferite ai rapporti istituzionali tra Stato, Regione, Provincia e Comune, perché abbiamo ritenuto essere quella la sede più consona.

Il punto autonomia finanziaria l'abbiamo accorpato tra le competenze statutarie, ricordando che questo microtema si colloca nel Titolo VI dello Statuto che è stato oggetto di recente di modifiche legislative, in relazione al fatto che comunque la modifica di questo Titolo passa attraverso una procedura diversa, quindi attraverso una legge del Parlamento su concorde richiesta del Governo e della Provincia. Quindi anche su questo bisogna prestare attenzione.

I lavori si svolgeranno sui punti 1 e 2. Punto 1, ambito per i quali c'è autonomia legislativa e amministrativa, punto 2: limiti delle competenze che è strettamente collegato al punto 1.

Sempre a livello organizzativo e per comodità avete ricevuto uno schema con gli articoli dello Statuto di rilievo. Vi ricordo che vi abbiamo trasmesso anche in formato pdf lo Statuto aggiornato con la riforma costituzionale del 2001, con le norme direttamente già applicate allo Statuto della legge costituzionale n. 3 del 2001, e questo lo avete ricevuto come documento.

Per quanto riguarda la riforma costituzionale del 2001, vi ricordo sia la relazione di Renate von Guggenberg che vi abbiamo inviato via mail, sia il protocollo della scorsa seduta che è pubblicato sul sito dove potrete rileggere gli interventi che potranno essere uno spunto per il lavoro. Come diceva il presidente vi sono poi state girate le proposte nel frattempo intervenute durante questa settimana dai componenti.

Per quanto riguarda i limiti delle competenze la partenza è sempre quella dello Statuto per poi arrivare alle integrazioni e adeguamenti in virtù della riforma costituzionale e poi alla questione delle competenze legislative trasversali dello Stato, come affrontare la questione ed eventuali riformulazioni.

Come si svolgeranno i lavori? Abbiamo alla fine previsto i gruppi di lavoro che lavoreranno parallelamente all'interno delle sedute su questi due punti. Come verranno composti lo spiegherà poi Edith Ploner. Saranno quattro gruppi di lavoro costituiti da 7 componenti ciascuno, i giuristi rimarranno fuori, Edith spiegherà la composizione come abbiamo scelto la composizione dei gruppi di lavoro. Il nostro obiettivo è quello di arrivare a fine settembre con

un documento parziale su questo tema. In particolare le sedute sono state pensate a partire dal 2 luglio una quindicina di minuti saranno riservati alla relazione della presidenza, circa un'ora e un'ora e mezza sarà dedicata ai lavori del gruppo. Vi chiediamo di modulare la pausa nell'ambito dei gruppi di lavoro, in modo che poi l'ultima ora sarà dedicata al plenum. Siccome, come spiegherà Edith Ploner abbiamo previsto che all'interno dei gruppi di lavoro verrà nominato un rappresentante, un portavoce il quale nell'ultima ora nel plenum riporterà l'elaborato discusso nel gruppo di lavoro. Da subito volevamo evidenziare come nelle sedute dove ancora non si discuterà sul documento finale, il portavoce del gruppo di lavoro farà un semplice resoconto che servirà da spunto, riflessione per gli altri componenti però ancora non si discuterà. La discussione verrà affrontata nell'ultima seduta che si prevede sia a fine settembre, massimo inizio ottobre.

Passo la parola a Edith Ploner per illustrare i gruppi di lavoro.

PLONER Edith: Buna sera, Guten Abend, buona sera auch meinerseits. Wie Laura schon gesagt hat, werden wir die Diskussion über die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen eröffnen, ausgehend von einem Vorschlag des Präsidiums. Es wird, wie gesagt, an einem Thema diskutiert und die Unterthemen werden dann in den vier Arbeitsgruppen näher definiert. Alle anwesenden Mitglieder haben natürlich die Möglichkeit, eigene Vorschläge noch einzubringen. Wir werden nicht nur die bereits eingegangenen Vorschläge diskutieren. Wir machen den Vorschlag, dass die fünf Rechtsexperten/Rechtsexpertinnen den vier Arbeitsgruppen zur Verfügung stehen und von Gruppe zu Gruppe wandern können.

Die fünf Rechtsexperten/Rechtsexpertinnen sind Prof. Clementi Francesco, der heute nicht anwesend ist, Renate von Guggenberg, Esther Happacher, Katharina Haberer und Rotensteiner, also sie würden nicht Teil der Arbeitsgruppe oder der Arbeitsgruppen sein. Die Zusammensetzung sollte auch nicht nur einer freien Wahl, unserer Meinung nach, unterlegen sein,

sondern wir möchten eine bestimmte Kombination von Vertretern/Vertreterinnen des Konvents drinnen haben. Daher unser Vorschlag nach einer alphabetischen Reihung, und zwar unter Berücksichtigung der Tatsache, dass mindestens ein Vertreter/eine Vertreterin der politischen Mehrheit in jeder Gruppe sein sollte, ein Vertreter/eine Vertreterin der politischen Opposition, ein Vertreter/eine Vertreterin des Forums der 100. Dann haben wir noch einzelne Vertreter/Vertreterinnen, die wir so der einen oder anderen Gruppe zuordnen würden, zum Beispiel Vertreter/Vertreterinnen der Gewerkschaften, der Unternehmerverbände usw.

Bevor wir zur Diskussion übergehen, mache ich den Vorschlag, wie wir die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen angedacht haben:

Gruppe 1 wäre zusammengesetzt aus Andreis, Dejaco, Dello Sbarba, Amhof, Durnwalder, Gufler, Corrarati;

Gruppe 2: Eccli, Feichter, Lun, Bizzo, Perathoner, Mairhofer, Senesi;

Gruppe 3: Geier, Ploner, Niederhofer, Hochgruber Kuenzer, Widmann, Polonioli, Silvestri;

Gruppe 4: Rottensteiner, Sassi, Vezzali, von Ach, Tschurtschenthaler, Reinalter, Tschennett.

Es ist also eine Aufteilung der verschiedenen Komponenten. Es ist eine alphabetische Reihenfolge, die hier vorgenommen wurde.

Wir eröffnen hiermit die Diskussion über die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen.

DURNWALDER Luis: Die Zusammensetzung ist für mich sekundär. Mir ist es ziemlich wurst, bei welcher Kommission ich bin. Ich sage nur, wenn wir glauben, dass wir mit dieser reinen theoretischen Vorgangsweise die Probleme lösen können bzw. zu einem Ergebnis kommen wollen, dann sind wir ein bisschen Phantasten. Ich bin der Auffassung, dass gewisse Themen alle interessieren und nicht nur eine Unterkommission. Wenn wir glauben, dass wir das

Problem, ob die Region aufgelöst werden soll oder nicht aufgelöst werden soll, ob das Regierungskommissariat aufgelöst oder nicht aufgelöst werden soll, ob wir im Bereich der Schule diese und jene Kompetenzen bekommen, ob die primäre und sekundäre Kompetenz an die Länder übergehen, dann werden, glaube ich, alle interessiert sein. Da kann die Unterkommission sagen, was sie will. Die Unterkommission ist da, wenn es um ein spezielles Thema geht zur Vertiefung von einer fachlichen Situation, aber nicht, wenn Grundsatzfragen da sind. Deswegen würde ich vorschlagen, dass man zuerst ein Verzeichnis von Grundsatzfragen erstellt. Wenn ich sage: Kompetenzübertragung, dann muss ich wissen, ob die Region existiert oder nicht existiert. Wenn ich sage: Primäre und sekundäre Kompetenz übertragen, dann muss ich wissen, was da ist. Das wird alle interessieren. Oder auch die Schule oder bei der Volkszählung, ob sie so gut oder nicht gut geht. Ich glaube, dass diese Sachen alle interessieren werden. Deswegen sollen diese Fragen im Plenum diskutiert werden und nicht in einer Unterkommission. In der Unterkommission kommt man schon zu einem Ergebnis, aber wenn ich das ins Plenum bringe, dann fängt die Diskussion wieder von vorne an. Im Grunde genommen kann ich überhaupt nichts regeln. Dasselbe gilt, wie wollen wir in Zukunft ... Etwas werden wir zum Selbstbestimmungsrecht doch sagen müssen. Wir werden zur internationalen Verankerung etwas sagen müssen, wie das gemacht werden soll usw. Das wird alle interessieren. Ich bin deshalb der Meinung, dass wir bei gewissen Aufgaben eine Orientierung oder einige verschiedene Meinungen zum Ausdruck bringen sollen. Wenn wir darüber nicht abstimmen dürfen, dann werden wir nie eine Meinung finden, weil die Meinungen derart auseinandergehen, dass wir immer nur zwei, drei Meinungen weiterleiten. Da müssen uns effektiv die Experten, die Juristen sagen, wie man das in die bereits bestehenden Bestimmungen eventuell einbauen könnte. Deswegen halte ich von dieser Unterteilung in vier Gruppen zunächst einmal gar nichts, weil es nur verlorene Zeit und nichts anderes ist.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Gibt es weitere Wortmeldungen?

Bitte, Patrick.

DEJACO Patrick: Ich habe auch dieses grundsätzliche Problem. Wenn ich mich richtig erinnere, haben wir das letzte Mal ausgemacht, keine Arbeitsgruppen zu bilden, sondern zunächst einmal im Plenum zu arbeiten. Wenn ich es falsch verstanden habe, dann bitte ich mich zu korrigieren. Wir sollten bis zum 6. Juni Vorschläge einbringen. Was ist mit den Vorschlägen, die wir eingebracht haben? Werden diese jetzt noch berücksichtigt? Ich habe einfach ein Verständnisproblem.

BIZZO Roberto: Condivido anch'io la proposta del presidente Durnwalder. Permettete mi però innanzitutto di ringraziare l'Ufficio di presidenza per il lavoro di stesura dei quattro blocchi e la loro suddivisione per l'eccellente lavoro per l'eccellente lavoro di completamento, mettendo anche gli articoli dello Statuto ai quali si riferisce. Questo rende sicuramente più facile il nostro lavoro.

Visto i quattro blocchi, credo che sarebbe più facile per tutti partire dal primo blocco, discuterlo in assemblea plenaria e portare le conclusioni alla fine. Procedere a cascata come da voi proposto ma farlo senza suddividerci. Sarebbe più interessante per chiunque di noi.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Es ist richtig. Das letzte Mal ist die Variante des Plenums das, was zuletzt im Raum gestanden ist. Wir haben uns Gedanken gemacht und gesagt, ob der Vorschlag, den wir jetzt ausgearbeitet haben, ein gangbarer Weg ist. Deswegen haben wir es auch zur Diskussion gestellt. Was wollen wir tun? Wir können Vorschläge erarbeiten, aber zu guter letzt wird sicher nicht die Präsidentschaft sagen, dass es in

diese Richtung gehen muss. Wir sind 33 Personen und dementsprechend gilt es auch hier, einen Konsens über die Vorgangsweise zu finden. Was unsere Arbeit anbelangt, machen wir uns natürlich Gedanken darüber. Wir schlagen etwas vor. Ob es dann aus den drei Köpfen, ... Im Grunde begleiten uns auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der EURAC und wir haben sonst noch eine wertvolle Hilfestellung. Das haben wir vorbereitet.

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Bitte, Joachim.

REINALTER Joachim: Ich möchte mich auch dem Vorschlag des Altlandeshauptmannes anschließen. Wenn es um so fundamentale Themen geht, die teilweise angeschnitten worden sind und im Vorfeld geklärt werden müssen, dann müssen wir die Sachen im Plenum diskutieren. Es hilft meiner Meinung nach nicht, vorher in Detailthemen zu gehen, weil man die Richtung vorgeben muss und erst dann ins Detail geht.

SILVESTRI Alexandra: Ich schließe mich auch der Meinung von Joachim an. Es braucht vielleicht beide Wege. Die Grundsatzentscheidungen sollten hier im Plenum getroffen werden, bevor wir in die Themen gehen. Ich finde die vier Themenbereiche, die Makrothemen, die ausgearbeitet worden sind, also die Vorschläge sehr gut. Wenn man vielleicht zu jedem Thema ein bis zwei Plenarsitzungen dafür verwenden könnte, um Grundsatzentscheidungen zu treffen, dann können wir sehen, wo es Sinn macht, eine Arbeitsgruppe zu bilden, dann aber auch, dass sich die Mitglieder des Plenums selber aussuchen können, in welche Arbeitsgruppe sie gehen möchten und in welcher Arbeitsgruppe sie ein bestimmtes Thema, zu dem bereits eine Grundsatzentscheidung getroffen worden ist, vertiefen möchten. Ich denke, dass es unterschiedliche Vertreter gibt, wie zum Beispiel die Vertreter der Gemeinden, die Vertreter der Wirtschaft, die Vertreter der Gewerkschaften. Für diese sind gewisse Themen ausschlaggebend, dass man in gewissen Bereichen mitarbeiten und Detaillösungen auch vorschlagen kann.

Absicherung: Wir müssen dazu Stellung nehmen. Wir müssen auch Stellung nehmen, was die AKB (Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis) anbelangt, was die Region anbelangt. Das sind Sachen, die vorher automatisch geklärt werden müssen. Wie soll ich sagen, dass Kompetenzen übergehen, wenn die Region noch da ist? Gehen diese Kompetenzen der heutigen Region ans Land über oder gehen sie nicht über? Das muss ich vorher wissen. Was will ich in einer Unterkommission diskutieren, wenn ich nicht weiß, ob der heutige Aufbau in dieser Form bleibt oder nicht bleibt? Bei der Schule beispielsweise wollen alle mitreden. Bei der Volksgruppenerhebung wollen alle mitreden. Da hat es keinen Sinn, dass ich zuerst in eine Kommission gehe, weil jeder Einzelne von uns allen eine Meinung hat in Bezug auf die Schule oder in Bezug auf die Volkszählung, Volksgruppenzugehörigkeit usw. Vier bis fünf Themen müssten zuerst im Plenum abgeklärt werden. Deshalb würde ich den Vorschlag machen, dass wir alle, die wir hier sitzen, das Recht haben, fünf Punkte vorzuschlagen. Diese überschneiden sich dann, aber dann kann das Präsidium sagen, dass dieser oder der andere dasselbe vorschlägt, aber diese Punkte sollen zuerst hier geklärt werden. Für die Klärung einzelner Probleme sollen Unterkommissionen eingesetzt werden, aber wenn ich nicht weiß, in welchem Rahmen die Unterkommission arbeiten soll, dann hat es keinen Sinn. Das muss ich doch vorher klären. Deswegen würde ich das vorschlagen, aber ich akzeptiere jede andere Entscheidung, aber abstimmen dürfen wir ja nicht.

HOCHGRUBER KUENZER Maria: Was mich irritiert hat, ist die Zuordnung in die Kommissionen. Es gibt viele Themen, die mich interessieren. Das letzte Mal habe ich vorgeschlagen, die Themen im Plenum zu diskutieren. Wenn ich jetzt meine persönliche Zuteilung gehört habe, dann hat mich dies schon irritiert. Demokratisch ist etwas anderes.

● ● ● ● ● ● ● ●

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Liebe Maria, das ist jetzt wieder gut. Wir versuchen einen Rahmen, eine Struktur zu geben. Wir können natürlich alles im Plenum diskutieren. Wir haben jetzt den Vorschlag gemacht, alphabetisch vorzugehen. Das war keine autoritäre Entscheidung von oben herab, sondern ein Vorschlag. Wir können auch eines sagen oder anderes gefragt: Was soll das Präsidium vorbereiten? Wir machen uns darüber natürlich Gedanken. Wir können sagen, wir gehen von Fall zu Fall in die Sitzungen und sagen: Wie es geht, geht es. Das kann auch eine Möglichkeit sein. Uns erspart es sehr, sehr viel Kopferbrechen und Arbeit. Das will ich ganz klar aufzeigen. Auch diese Möglichkeit gibt es. Ich gebe jetzt, ich sage einmal, an die Runde der 33 den Ball zurück. Wir machen dann eine Pause. Dann haben wir noch eine gute Stunde zur Verfügung. Was wollen wir in dieser Stunde tun? Das möchte ich auch zur Diskussion stellen.

Florian, bitte.

VON ACH Florian: Die Frage, was in der Stunde noch gemacht wird, gebe ich gerne weiter. Ich muss nur kurz nachdenken. Allerdings wüsste ich, was man jetzt gleich machen könnte. Ich finde den Vorschlag vom Altlandeshauptmann super. Über diesen könnte man abstimmen. Dementsprechend könnte man eine Abstimmung herbeiführen und das festlegen. Ich finde die Idee sehr gut.

NIEDERHOFER Wolfgang: Der Ball, der jetzt zurückgespielt wurde. Ich würde es sehr sinnvoll finden, wenn das Plenum, so wie es auch der Altlandeshauptmann vorgeschlagen hat, die Möglichkeit hat, grundsätzlich eine Meinung darüber zu artikulieren, was man sich unter Ausbau der Autonomie vorstellt. Es sollte dann in groben Zügen ein Leitbild da sein. Natürlich müssen wir uns Gedanken machen, wie wir das arbeitstechnisch hinkriegen, aber ich glaube,

dass man das sehr wohl hinkriegt. Das können eine Diskussion, ein Brainstorming, eine kurze Sammlung der Themenfelder sein und dann sind wir schon sehr weit.

CORRARATI Claudio: L'arte del consenso abbiamo deciso che è alla base del nostro lavoro, ma bisogna capire quando parte, perché se noi troviamo proiettato il tema, si parte di cosa quel tema dice nello Statuto, dico quello che non c'è dietro, dico quello che mi piacerebbe vedere dietro, per cui una scheda dove vedo quello che viene trattato, quello che oggi dice lo Statuto, quelli che sono i parametri entro i quali possiamo chiedere un ampliamento o no, iniziare con le proposte, iniziare ad entrare nel dibattito col plenum e poi se le cose iniziano ad avere un momento in più di necessità andare in approfondimento preciso, ma noi partiamo non già nel fare il consenso di tutto, altrimenti diventa un po' lunga questa cosa. Sto dicendo questo con grande rispetto sia del consenso che di tutto quello che state facendo, e concordo con il fatto che state facendo già un grande lavoro.

POLONIOLI Laura: Per quanto riguarda quello che dicevi prima, vi abbiamo mandato tutto per e mail quindi è un lavoro che ognuno di noi deve fare personalmente di ricerca di studio per poi arrivare a presentare delle proposte all'interno della Convenzione.

La questione dei gruppi di lavoro nasce dal fatto che abbiamo ritenuto che all'interno dei gruppi di lavoro si possa essere più spediti ed efficaci, e all'interno di un piccolo gruppo le competenze di ognuno possono essere meglio valorizzate. Dopodiché il lavoro che viene svolto all'interno del gruppo dove verranno elaborate le proposte vengono poi relazionate nel plenum e serviranno da riflessione, spunto e approfondimento per tutti gli altri. Poi su tutte le proposte che vengono elaborate all'interno dei gruppi di lavoro ci sarà la discussione, ma su tutti i temi. È semplicemente una questione di speditezza ed efficienza del lavoro che può risultare migliore all'interno di piccoli gruppi, ma la discussione c'è sui temi!

● ● ● ● ● ● ● ●

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Ich möchte eine organisatorische Auskunft geben. Ich bitte einen Moment um Aufmerksamkeit. Ein weißer PKW der Marke Scenic steht in der Tiefgarage auf dem Parkplatz der Alpenkonvention. Deshalb wäre dieser zu verstellen.

Gibt es noch Wortmeldungen? Bitte, Riccardo.

DELLO SBARBA Riccardo: Cerco di riordinare le idee. Secondo me sono stati posti due problemi contemporaneamente che bisognerebbe distinguere. Uno è un problema di contenuti, cioè quali temi vengono trattati, e un altro è un problema di metodo, come, plenum, commissioni ecc. Il primo è il più grande problema che il presidente – a me viene da chiamarlo così - Durnwalder ha posto ed è la questione dei contenuti. Tu dicevi che bisogna iniziare da alcuni grossi temi prima di arrivare alle competenze ecc. Lui ha proposto di partire da un altro nucleo di argomenti che sono quelli fondamentali, Selbstbestimmung, Europaregion, Regione, scuola, Volkszählung ecc. che sono quelli su cui si individuano due o tre indirizzi. Questo è un primo tema, quindi bisognerebbe decidere se partiamo da questo tipo di temi grossi oppure se rispettiamo i quattro blocchi tematici che voi ci avete proposto.

Il secondo è come si discute. Volevo sapere se ho capito bene, perché i due argomenti, da quale contenuto partire, e il problema del metodo, come, vanno separati e decisi separatamente. Dopodiché se si cambia tema va bene. Io sono un secchione, quindi mi metto sempre a lavorare, però ho bisogno di tempo per mandarvi altre quattro pagine di proposte.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Grazie, Riccardo. Es können auch fünf Seiten sein. Du musst dich nicht auf vier Seiten beschränken.

Laura, bitte.

● ● ● ● ● ● ● ●

POLONIOLI Laura: Scusa, ma quando parlavi di temi ti riferivi sempre a questo dell'ampliamento dell'autonomia?

DELLO SBARBA Riccardo: A mio parere alcuni interventi hanno proposto un altro tema.

POLONIOLI Laura: Ma questo deve essere un punto fermo. Questo è il tema: ampliamento dell'autonomia. Ci dedichiamo, come avevamo già deciso, per un periodo temporale su questo tema, poi gli altri argomenti vengono comunque trattati nelle altre aree tematiche, sono tutti previsti, però questo tema comprende l'ampliamento dell'autonomia e gli altri verranno spostati nelle altre macroaree.

DELLO SBARBA Riccardo: Io ho capito diversamente. Quando il collega aveva fatto il discorso sulle aziende e sulle linee strategiche, penso che tu volessi partire da altre priorità rispetto a questo blocco di temi, o sbaglio?

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Ich darf es ein bisschen zusammenfassen. Wir haben uns das letzte Mal auf dieses breit aufgestellte Thema geeinigt, das im Grunde genommen sehr, sehr viel Platz hat. Da waren wir uns einig, um jetzt nicht andere Dinge zu haben, wo wir vielleicht eine längere Diskussion hätten. Es ist jetzt unsere Aufgabe, unter dieses breit gefächerte Thema, das sehr viel zulässt, eine Richtung zu finden. Das ist, denke ich, die Herausforderung. Ich denke nicht, dass wir jetzt wieder beginnen sollen, neue Themen herauszukramen. Wir haben uns auf dieses Thema festgelegt und dieses Thema ist breit.

Luis, bitte.

DURNWALDER Luis: Wenn ich ein Haus baue, dann muss ich einmal ein Dach und Außenmauern haben, bevor ich die Zimmer einrichte. Deswegen sollten wir zunächst einmal sagen, was unsere Autonomie ist, dort die Grundrichtlinien festlegen, das heißt wir müssen über das Selbstbestimmungsrecht reden und nicht sagen, jetzt wird das Selbstbestimmungsrecht ausgerufen. Wir müssen schauen, dass wir dies unter Berücksichtigung der verschiedenen UNO-Richtlinien usw. irgendwie platzieren. Wir müssen platzieren, wie Südtirol innerhalb der EU dasteht, das heißt, was grenzüberschreitende Formen der Zusammenarbeit, Verträge usw. anbelangt. Wir müssen vor allem sagen, wie die innere Form ist. Bleibt die Region oder bleibt sie nicht? Wenn ich über die Kompetenzen rede, dann muss ich wissen, ob die Kompetenzen bei der Region sind oder ob sie nach Südtirol übergehen. Wenn die Region abgelöst wird, dann muss eine Region Trentino und eine Region Südtirol entstehen. Das ist ein Unterschied. Deswegen muss ich das vorher wissen. Dann geht es vor allem um die primäre und sekundäre Gesetzgebung. Bevor ich über die Kompetenzen in der heutigen Form rede, muss ich doch wissen, ob es die AKB (Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis) gibt. Was ist mit der primären und sekundären Gesetzgebung, bevor ich über die einzelnen Themen rede? Danach soll über andere Themen auch geredet werden, aber bevor ich die Zimmer einrichte, möchte ich das Gebäude, die Struktur und das Haus haben.

WIDMANN Andreas: Der Altlandeshauptmann hat es jetzt von der Reihenfolge her richtig auf den Punkt gebracht. Das ergibt sich ein bisschen aus dem bisherigen Verlauf. Wir haben das letzte Mal den rechtlichen Rahmen durch die Expertinnen kennengelernt. Wir sind heute vom Landeshauptmann in den politisch-historischen Rahmen eingeführt worden. Daraus ergeben sich die Fragen, wie sie der Altlandeshauptmann formuliert hat. Das kann man natürlich vervollständigen. Der Ausbau der Autonomie kann als Thema ruhig stehenbleiben, weil es

so groß ist und, man könnte sagen, fast das einzige Thema des Konvents ist, wenn man es weit genug fasst.

Die Frage nach der Arbeitsorganisation ist eine Frage, die man fortlaufend beantworten könnte. Es wird sich dann schon in der Diskussion ergeben, wann es besser ist, Arbeits- bzw. Untergruppen einzusetzen, ob es dann Tische sind oder welches Prinzip auch immer, darüber können wir uns gemeinsam Gedanken machen. Ich wäre dabei ein bisschen flexibel, weil wir es jetzt nicht ein für allemal klären und durchziehen, sondern situativ reagieren müssen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Ich denke, dass es richtig ist, dass wir starten und dann im Rahmen der Arbeitsweise, die wir jetzt einmal wählen werden, also sprich für das nächste Mal, im Plenum darüber diskutieren. Dann sehen wir, wie das funktioniert. Dann werden wir daraus auch die entsprechenden Schlüsse ziehen. Ich weiß nicht, ob Kollegin Amhof einen Vorschlag machen will. Ist das hinfällig?

AMHOF Magdalena: Ich hatte vorhin nach dem Gespräch mit Laura und Edith den Eindruck, dass nicht ganz so verstanden worden ist, wie sie sich die Arbeitsgruppen vorstellen. Sie hatten nämlich nicht fixe starre Arbeitsgruppen angedacht gehabt, sondern dass man von Arbeitsgruppe zu Arbeitsgruppe wechseln kann, sich dementsprechend bei allen Themen mit einbringen kann und seine Positionen in den jeweiligen unterschiedlichen Arbeitsgruppen auch kundtun kann. So habe ich es in der Klärung nicht verstanden. Ich habe es so verstanden, dass ich, wenn ich in einer Arbeitsgruppe sitze, nur dort bin und mich erst nachher im gesamten Plenum einbringen kann. Ich bitte, dass Ihr noch einmal ganz klar im Detail aufzeigt, wie Ihr Euch das eigentlich vorgestellt gehabt hättet, denn ich würde es im Grunde genommen als einen sehr guten Vorschlag finden, wenn wir uns im Vorfeld eine Grundausrichtung geben und nachher einzelne Themenschwerpunkte in solchen Gruppen diskutieren.

● ● ● ● ● ● ● ●

CORRARATI Claudio: Forse bisogna provare a capire la vostra proposta, ne parlavo prima anche con Laura. Il timore che non parlino tutti e che parlano sempre i soliti cinque, viene risolto attraverso l'idea che avete avuto dei gruppi di lavoro. Potrebbe anche non essere così, nel senso che se il gruppo di lavoro è formato da Luis, Corrarati, Dello Sbarba e qualcun altro, c'è il rischio che qualcuno non riesca a subentrare quando Corrarati e Luis vogliono parlare, per cui può darsi che ci sia il momento dove nel plenum possiamo dedicare il tempo per l'ascolto da parte di tutti con un tempo limite di tot minuti. Poi se qualcuno dice non avere niente da dire, io ho la stessa idea di quello che ha parlato prima, andiamo veloci. Così stimoliamo comunque l'aiuto al dialogo. Non è facile probabilmente parlare anche di fronte ad altre persone. Per tutti c'è il momento dell'ascolto e della parola, però se questo era il vostro timore, credo che possiamo trovare la forma per riuscire a dare spazio a tutti anche solo per un intervento piccolo ma aiutare il dialogo e stimolare il confronto. Se questo era il timore per cui portarci ai gruppi di lavoro, perché il gruppo di lavoro, se è la continuità anche fuori ...es ist ganz schwierig, in der Freizeit oder in einem anderen Moment weiterzuarbeiten. Questo diventa un po' difficile, nel senso che se siamo in 5 poi ci scriviamo le e mail! È impegnativo.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Claudio, wir haben, glaube ich, das letzte Mal schon entschieden, dass das im Rahmen der drei Stunden, die wir freiwillig zur Verfügung stellen, unser Arbeitspensum sein sollte. So habe ich es verstanden.

Bitte, Florian.

VON ACH Florian: Ich komme jetzt noch einmal auf vorhin zurück. Der Altlandeshauptmann hat den Vorschlag gemacht, dass man sich bis zum nächsten Mal fünf Themen überlegt – da wird es auch Überschneidungen geben – und dann werden diese Themen, die hier

vom Gremium für wichtig erachtet werden, im Plenum diskutiert. Habe ich es so richtig wiedergebracht? Das ist von mir aus gesehen ein vernünftiger Vorschlag, ein Vorschlag zur Arbeitsweise. Über die Arbeitsweise können wir abstimmen. Ich würde jetzt gerne über diesen Vorschlag abstimmen lassen.

DURNWALDER Luis: Zu den fünf Vorschlägen allgemein. Wir sollten nicht auf einzelne Kompetenzen, sondern auf allgemeine Problemkreise eingehen, das heißt, dass dies alles betrifft und nicht, dass ich sage, dass ich das Register im Bereich der Motorisierung haben möchte oder im Bereich des Umweltschutzes dies und jenes noch dazuhaben möchte. Das soll dann irgendwo in den einzelnen Unterkommissionen gemacht werden, aber das große Dach ... Es sollten nur fünf Themenkreise sein oder jeder soll die Möglichkeit haben, fünf Vorschläge zu machen. Diese sollen hier zuerst diskutiert werden, weil sie die Grundvoraussetzung sind, damit die einzelnen Kommissionen überhaupt arbeiten können.

WIDMANN Andreas: Man sollte Grundsatzfragen aufwerfen. Ich würde sagen, dass wir heute schon imstande sind zu definieren, was die Grundsatzfragen sind.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Ich denke, dass das ein guter Vorschlag ist. Wir haben jetzt noch eine knappe Dreiviertelstunde Zeit zur Verfügung. Dann gehen wir gleich in dieses Thema hinein und filtern diese fünf Vorschläge. Sonst sitzen wir wieder drei zusammen, machen einen Vorschlag und reden das nächste Mal wieder zwei Stunden darüber. Deswegen ist es jetzt so. Wir werden in der restlichen Dreiviertelstunde im Plenum Vorschläge für fünf Themen hören, die wir das nächste Mal angehen werden.

Bitte, Laura.

● ● ● ● ● ● ● ●

POLONIOLI Laura: Riassumendo, se ho capito bene, la proposta è quella di individuare i principi generali identificativi dell'autonomia, come quadro, cornice, contesto della nostra autonomia. Questa è la proposta, inquadrare il contesto dell'autonomia come partenza per poi individuare le competenze ed eventualmente come metodo istituire gruppi di lavoro.

DELLO SBARBA Riccardo: Potresti mettere giù i cinque punti che dici?

DURNWALDER Luis: Avrei fatto la proposta che tutti entro tre giorni devono mandare i loro cinque punti essenziali ...

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Nein. Das sage ich ganz klar. Der Ball liegt hier bei uns in der Mitte. Es nützt jetzt nichts, wenn wir wieder Vorschläge sammeln. Wir haben jetzt eine Dreiviertelstunde Zeit. Ich eröffne jetzt die Diskussion, die Gesprächsrunde, welche fünf Themen das nächste Mal im Plenum diskutiert werden sollen. Wir werden im Grunde eines herausuchen, aber jetzt sollen einfach einmal die Themen festgelegt werden. Es nützt jetzt nichts zu sagen, bis zum nächsten Mal oder in drei Tagen ... Ich eröffne die Diskussion für Vorschläge und dann reden wir über die Vorschläge, die dann das nächste Mal die Schwerpunktthemen sind.

Bitte, Florian.

VON ACH Florian: Meine fünf Vorschläge, wenn ich gleich schon vorsprechen darf, sind die Selbstbestimmung, der Schutz der deutschen und ladinischen Volksgruppe, die Ortsnamengebung, die Südtirol Aktivisten und die Auflösung der Region.

NIEDERHOFER Wolfgang: Ich würde folgende fünf Punkte vorschlagen:

Erster Punkt: Selbstbestimmung als demokratisches Prinzip, als völkerrechtliches Prinzip und als gesellschaftlicher Prozess, der auch unabhängig der bestehenden Einschränkungen der Verfassung starten kann, vielleicht auch durch diesen Konvent der 33.

Zweiter Punkt: Vollautonomie im Rahmen der heutigen Verfassungsordnung. Was versteht man unter Vollautonomie? Welche Kompetenzen? Wenn man den Begriff als solchen auslegt, was er sagt. Kommen da dann letztendlich rein?

Dritter Punkt: Schutzklauseln. Warum sind sie entstanden? Warum waren sie notwendig? Warum sind sie auch in Zukunft notwendig, wenn Südtirol nicht die nationalstaatliche Logik, nach der sich auch Italien definiert, in Frage stellt?

Vierter Punkt: Aufwertung Südtirols zu einer eigenständigen Region.

Fünfter Punkt: Südtirol als autonomes, vollautonomes, unabhängiges Land innerhalb Europas als tatsächlich mehrsprachiges Land, als Vorzeigebücke zwischen Nord und Süd, West und Ost. Hierfür brauchen wir Rahmenbedingungen, die wir heute noch nicht zur Gänze haben.

HOCHGRUBER KUENZER Maria: Freiräume in der Verwaltungsautonomie bis aufs Letzte ausloten. Wo bestehen noch Möglichkeiten? Für mich ist es noch ein bisschen unklar: Schutzfunktion Österreich, das noch einmal anzuschauen, in welcher Situation. Dann ist für mich das italienische Verfassungsgesetz nach dem Referendum etwas ganz Wesentliches. Natürlich kommen wir da in den Herbst hinein, aber es ist so, dass jetzt all diese Themen nicht behandelt werden, aber das ist für mich schon ein Thema. Ich habe nicht so ein positives Gefühl, dass uns das Referendum große Vorteile bringt.

LUN Margareth: Ich komme eigentlich nur mit vier großen Punkten aus. Das wäre einmal die Diskussion zum Selbstbestimmungsrecht, dann die Auflösung der Region und ein um-

fassender Schutz der deutschen und ladinischen Volksgruppe. Da gehört meines Erachtens die Schule dazu, weil ich die Garantie für die deutsche und ladinische Schule fordere. Der vierte Punkt ist Südtirol in Europa, wo auch die Frage hineinkommen würde, wie wir uns in Europa präsentieren können oder wie wir agieren können, ohne dass wir als eine italienische Provinz wahrgenommen werden.

CORRARATI Claudio: Solo un punto: il nuovo concetto di tutela all'interno dell'ampliamento dell'autonomia.

REINALTER Joachim: Im Sinne des Konsensprinzips möchte ich es noch einmal unterstreichen. Über die Selbstbestimmung müssen wir uns einfach im Klaren sein und darüber reden, wo wir hingehen wollen, ob wir dort hingehen wollen, ob es im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten möglich ist usw. Das ist, glaube ich, ein Thema, das zuvor abgeklärt werden muss. Ansonsten kann man alle Themen unterstreichen, die genannt worden sind, aber wenn wir hier sind, dann müssen wir effektiv über die Region und über einen Ausbau der Autonomie reden. Die Region ist ein Thema, das immer aktuell ist. Ich würde vorschlagen, den Schutz der Sprachgruppen als Makrothema insofern auch zu behandeln und welche Möglichkeiten uns Europa für die Zukunft bietet, um unsere Autonomie zu verbessern.

DELLO SBARBA Riccardo: Io avrei due temi. Uno è: plurilinguismo e un altro è: convivenza, quali devono essere le forme.

TSCHENETT Tony: Es ist eigentlich alles schon gesagt worden. Selbstbestimmung ist sicher ein Punkt, über den man reden muss. Die Abschaffung der Region liegt fast allen Mitgliedern am Herzen. Das Thema Schule ist auch ein Punkt, der allen 33 Mitgliedern am Herzen

liegt. Die Rolle Südtirols in der EU ist ein Thema, das wir auch besprechen müssen bzw. die Rolle Südtirols in der Europaregion.

FEICHTER Martin: Selbstbestimmung, Vollautonomie, beispielsweise Sportautonomie, Finanzautonomie. Hier würde es ganz, ganz viele geben, in welche Richtung man gehen könnte. Minderheitenschutz, Beziehungen zur Schutzmacht Österreich, zur EU, zu Italien und den anderen Tiroler Landesteilen.

ECCLI Walter: Mi associo con il discorso dell'autonomia finanziaria, tema importante e poi Europa Regione e Tirolo.

ROTTENSTEINER Heino: Den Themen Selbstbestimmung und Auflösung der Region schließe ich mich natürlich an. Ich würde es ganz wichtig finden, wenn wir alle Minderheitenschutzbestimmungen und Sprachschutzbestimmungen in ein Makrothema fassen, also deutsche Schule, Proporz, Zweisprachigkeit. Das sollte ein großes Thema, ein Block sein.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Gibt es weitere Vorschläge? Ich denke, dass wir jetzt bei 30 und 40 Vorschlägen sind. Ich werfe jetzt den Ball wieder zurück. Wir werden heute fünf Vorschläge auswählen. Wir als Präsidium werden sie nicht auswählen und das nächste Mal wieder die Diskussion führen dahingehend, ob es richtig war oder nicht. Deshalb kristallisieren wir fünf Vorschläge heraus, die dann die Basis für das nächste Mal sein sollen.

Die Rolle Südtirols im Rahmen der EU, die Rolle Südtirols im Rahmen der Europaregion. Dies wurde immer wieder genannt. Die Abschaffung der Region war auch ein Thema.

(Mitglieder unterbrechen)

POLONIOLI Laura: Oppure ruolo della regione. Rolle der Region.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Was auch ab und zu genannt worden ist, ist die Selbstbestimmung. Ich wollte sehen, ob Ihr noch wach seid, wie die Reaktion ist. Ich sehe, dass Ihr alle wach und sehr aufmerksam seid.

Das Thema Vollautonomie ...

DURNWALDER Luis: Beim Thema Vollautonomie kommen wir schon in die einzelne Kompetenz hinein, weil Vollautonomie bedeutet, dass wir das, was nachher kommt, diskutieren müssen.

La Vollautonomie è più o meno il risultato di tutte le competenze che noi chiediamo, perciò questo lo dobbiamo inserire nelle varie commissioni per fare la somma delle competenze che chiediamo.

Ich möchte sagen, dass man das eventuell nicht jetzt hineintun, aber die Schule ist etwas, das alle ... bzw. auch AKB, weil das mit allen Kompetenzen zusammenhängt.

WIDMANN Andreas: Es ist ganz richtig. Überthema ist wirklich: Wie viel geht mit der Autonomie im italienischen Rahmen und unter dem Aspekt der internationalen Absicherung? Das ist das institutionelle Überthema.

DURNWALDER Luis: Vollautonomie ist alles.

WIDMANN Andreas: Das kommt aber dort hinein. Wie viel ist überhaupt denkbar?

● ● ● ● ● ● ● ●

POLONIOLI Laura: Grenzen der Autonomie.

WIDMANN Andreas: Die institutionellen sind eben international, europarechtlich, verfassungsrechtlich.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Ich möchte eines ganz klar aufzeigen, bevor ich Esther das Wort gebe. Ich glaube, dass es ganz entscheidend ist, dass wir einmal das in den Vordergrund stellen müssen, und zwar die Grenzen, in welchem Rahmen sie sich überhaupt bewegen.

Bitte, Esther.

HAPPACHER Esther: Ich wollte Folgendes hinzufügen. Die Vollautonomie hat die Kompetenzen, und zwar möglichst viele, aber genauso gut den institutionellen Rahmen und die Frage der Beziehungen zum Staat. Wie kann ich diese ausüben? Gibt es Möglichkeiten, wie wir Sachen, die auch den Staat betreffen, trotzdem in unserer Art und Weise ausüben können? Das hat nicht nur den Blickpunkt, welche Materien es in der Zuständigkeit gibt, sondern auch wie ich sie ausüben kann, wo es Schranken gibt und wo es keine gibt, wie weit ich da kommen kann und wie ich koordinieren kann. Das ist zum Beispiel die AKB. Das gehört hinein. Das ist ein Mechanismus, der hier hineinfällt. Es geht nicht nur darum, einzelne Materien aufzuzählen. Es nützt mir absolut nichts, wenn ich Materien habe. Ich muss sie auch ausüben können und so wie sie für uns notwendig sind.

ROTTENSTEINER Ewald: Das ist tatsächlich eine Frage der Schranken. Mit welchen Lasten und Schranken wird dieses Land belastet? Dieses Thema ist sicher zu diskutieren. Wel-

che Schranken – wir geben eine Empfehlung ab - wollen wir als Konvent akzeptieren? Welche eben nicht? Aus diesem Konvent soll eine Position kommen, welche man gerade noch hinnehmen will. Das ist meine Ansicht.

NIEDERHOFER Wolfgang: Wir haben jetzt im Zuge dieser Zusammentreffen zwei verschiedene Aspekte berührt, und zwar einmal den juristischen Aspekt, heute durch das Referat des Landeshauptmannes auch den politischen Aspekt. Ich hatte hier vor ein zwei Jahren, ich glaube im selben Raum, in dem wir jetzt sitzen, nach einem autonomiepolitischen Referat zum Thema "Autonomie Selbstbestimmung" in der Eurac ein interessantes Gespräch mit irgendeinem Institutsleiter. Wir sind in dieser bilateralen Diskussion am Buffet beide zum Schluss gekommen, dass Rechte politisch erfolgreiche Forderungen sind. In diesem Sinne wünsche ich mir persönlich von den Arbeiten in diesem Konvent der 33, dass man sich bei den gesellschaftlichen Zielen, die man hier formuliert, auch wenn sie heute juristisch nicht möglich sind, immer dessen bewusst ist, dass eine politische Forderung irgendwann zu einem verbrieften Recht werden kann.

VON GUGGENBERG Renate: Ich glaube, dass unsere Aufgabe keine politische Aufgabe ist. Wir haben einen ganz spezifischen genauen Auftrag, nämlich die Revision vom Autonomiestatut. Wenn es darum geht, politische Ideen hinauszutragen, dann ziehe ich mich, ehrlich gesagt, auch zurück, weil ich nicht in der Politik bin. Ich möchte hier in der Politik auch nicht arbeiten. Wir sind als Techniker hier gebeten und sollen das auch bleiben. Das betrifft alle.

VON ACH Florian: Ich sehe es überhaupt nicht so. Ich finde nicht, dass dies ein Juristenseminar – ich bin selbst Jurist – sein muss, sondern die Aufgabe ist es, meines Erachtens, das, was im Gesetz drinnen steht, nämlich die Zivilgesellschaft einzubauen, die Ideen der Zivil-

gesellschaft aufzunehmen und nach Möglichkeiten zu suchen, wo dann auch ein technischer Aspekt dabei sein wird, diese in diesen Reformprozess einfließen zu lassen. Deshalb sehe ich mich sicher nicht als Techniker hier.

POLONIOLI Laura: Mi associo a Renate, ritengo che le proposte dovrebbero essere utili, concrete e in tema in vista del processo di revisione dello Statuto, perché passa comunque, come spiegava il presidente, attraverso l'art. 103 dello Statuto, quindi Consigli regionale, Consiglio provinciale e Parlamento. In questo senso si deve parlare di proposte utili, concrete e in tema.

GUFLER Stefan: Jetzt gehen wir, denke ich, schon ein bisschen in die Diskussion hinein. Das ist sicher gut, dass wir auch über die Themen diskutieren. Wenn wir jetzt auch nur vier Themen genannt haben, die wesentlich sind, dann können wir mit vier Themen genauso gut leben wie mit fünf Themen. Ich denke, wir könnten auch für das nächste Mal mit diesen Themen losstarten, damit wir uns nicht wieder prinzipiell zu sehr über die Themen unterhalten und nicht konkret in die Diskussion zu den Themen gehen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Eines muss uns schon klar sein. Wir können selbstverständlich das nächste Mal mit vier Themen starten. Wir werden aber mit einem anfangen müssen. Wir werden bei dem Thema sicher bleiben. Es ist illusorisch zu meinen, dass wir vier Themen in einem Mal abarbeiten. Das wird nicht möglich sein. Das ist klar. Im Grunde genommen haben wir jetzt vier Grobthemen, aber wir müssen uns dann auf eines einigen, mit dem wir beginnen.

Noch einmal. Wir haben einmal das Thema "Zukunft der Region". Das ist ein Thema, das entsprechend Konsens hat. Dann haben wir das Thema Schule, das Thema AKB – AKB heißt allgemeine Koordinierungsbefugnisse - ... Entschuldigung?

POLONIOLI Laura: Schule no, perchè ...

PLONER Edith: Was ist mit den anderen, die nichts gesagt haben?

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Diese haben halt nichts gesagt. Entschuldigung, Schule nicht. Dann die Rolle Südtirols in der EU und im Rahmen der Europa-region. Dann haben wir die Selbstbestimmung und das Thema Vollautonomie oder Grenzen der Autonomie.

Esther, bitte.

HAPPACHER Esther: Ich habe Folgendes mitgeschrieben: Rolle Südtirols in der EU und in der Europaregion, Zukunft der Region, Selbstbestimmung. Ich hatte ursprünglich die Vollautonomie, jetzt haben wir die Grenzen der Autonomie.

ROTTENSTEINER Heinold: Wir haben deshalb eine Autonomie, weil wir eine Minderheit sind. Deswegen muss der Bereich Minderheitenschutz und Sprachbestimmungen einen Block bilden. Sonst erfüllen wir nicht den Auftrag.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Habe ich es richtig verstanden? Minderheitenschutz und Sprachbestimmungen? Ich denke, dass dies beim Minderheitenschutz

drinnen ist. Wir sollten also bei einem Ausdruck bleiben. Ich denke, beim Minderheitenschutz haben wir das drinnen.

Dann fasse ich noch einmal zusammen: Minderheitenschutz, die Rolle Südtirols in der EU und in der Europaregion, das Thema Zukunft der Region und Selbstbestimmung. Das wären die vier ...

POLONIOLI Laura: Die Grenzen der Autonomie.

WIDMANN Andreas: Ich finde, dass wir das institutionelle Rahmenthema Grenzen der Autonomie oder Sonderstellung oder ob wir es Vollautonomie heißen, brauchen, weil wir wissen müssen, wie weit das geht, wo die definitiven Grenzen sind, was die Legitimationen sind.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Das ist, glaube ich, ein ganz wesentliches Thema, das fast als erstes besprochen werden sollte, damit wir wissen, wohin wir uns bewegen, was unsere Möglichkeiten sind und was unsere Grenzen sind.

SASSI Olfa: Vorrei sottolineare che caso mai noi possiamo proporre i limiti dell'autonomia, perché il tema autodeterminazione è improponibile, è contro la legge, stiamo attenti alle espressioni che usiamo. La nostra esperta ha ben precisato che qui non si mandano avanti delle proposte politiche, noi stiamo aggiornando lo Statuto a livello legislativo. Per favore, che si rispetti questo!

DURNWALDER Luis: Non è una questione politica. Tutto è una questione politica, lo Statuto di autonomia è politico.

Ich habe gesagt, dass alles politisch ist. Ob wir jetzt das Selbstbestimmungsrecht nennen, es wäre, wenn es gegen die Verfassung wäre, aber wir sagen nicht, morgen machen wir das Selbstbestimmungsrecht geltend, sondern wir sagen nur, Selbstbestimmungsrecht Südtirol unter Einbeziehung der gesamten UNO-Richtlinien usw. Irgendetwas müssen wir doch aussagen, wenn wir die Position Südtirols in Europa irgendwie festlegen müssen. Da müssen wir irgendetwas sagen. Wo liegt Südtirol, wie, in welchem Zusammenhang? Zur Autonomie kommen wir dann, weil wir sagen, dass das Selbstbestimmungsrecht jetzt in der Form, dass es morgen angewendet wird, nicht durchführbar ist, aber wir müssen schon etwas sagen, dass ein Grundrecht da ist. Es ist in allen internationalen Formen da. Deswegen müssen wir schon etwas sagen müssen, wenn wir schon Südtirol positionieren wollen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Diesbezüglich gebe ich dir recht Luis. Deswegen ist gerade der Vorschlag "Grenzen der Autonomie", den wir vorher hatten, im Grunde das Kernthema. Das werde ich jetzt auch zur Abstimmung bringen. Wir werden mit diesem Thema anfangen, damit wir wissen, welchen Rahmen wir haben.

Margareth, bitte.

LUN Margareth: Meine Meinung ist auch, dass wir hier nicht das Politische und Juridische streng trennen können. Die Sache ist jene, dass ich nicht Juristin bin. Ich habe mich bereit erklärt, hier mitzuarbeiten, weil ich ein politisch interessierter und ein politisch denkender Mensch bin. Es muss, glaube ich, Platz haben, dass wir Visionen unterkriegen können, nicht Utopien. Das Selbstbestimmungsrecht ist ja keine Utopie, sondern dieses gibt es bereits, aber unser Ziel muss es sein, dieses Autonomiestatut zu verbessern. Da muss Platz haben, dass wir unsere Ziele unterkriegen können.

● ● ● ● ● ● ● ●

NIEDERHOFER Wolfgang: Nur noch zwei Sätze. Ich möchte jetzt nicht den alten Platon strapazieren, der den Menschen auch schon als politisches Wesen beschrieben hat, aber wir sind ein demokratisches Gremium. Kein Thema ist, sofern es nicht gegen grundlegende Menschenrechte verstößt, nicht vorschlagbar. Ironischerweise ist die Selbstbestimmung Teil dieses Kontextes der Menschenrechte und teilweise in bestimmten Autonomiestatuten. Ich erinnere an das "Good Friday Agreement" in Nordirland, wo im Autonomiestatut, wenn man es so definieren kann, explizit auf eine spätere Möglichkeit einer Abstimmung auch hingewiesen wird. Die Nordiren haben das verschriftlicht. Deswegen gibt es auch nicht so die klare Trennung, was noch im autonomen Kontext ist und was Richtung Selbstbestimmung geht. Wir haben klarerweise einen rechtlichen Rahmen und dessen sind wir uns bewusst, aber in der Demokratie muss alles, sofern es im Rahmen der Menschenrechte ist, diskutierbar sein. Das bringt unsere Gesellschaft in Südtirol auch nach vorne, und zwar in eine ergebnisoffene Diskussion. Wenn man Themen zudeckelt, dann ist das immer schlecht.

DEJACO Patrick: Ich kann dem nur zupflichten. Für mich geht dieses Makrothema "Grenzen der Autonomie" sehr gut, weil wir einmal wahrscheinlich die rechtlichen Aspekte kennenlernen, wo die Grenzen sind, aber vielleicht auch unsere Grenzen erkennen und vielleicht auch versuchen zu überwinden. Ich denke, dass es ganz interessant wird, wenn wir uns gegenseitig einmal abklopfen.

REINALTER Joachim: Wir müssen uns, glaube ich, den Rahmen geben. Wir müssen vorab klären, was die Grenzen der Autonomie sind, denn dort ist alles und auch die Selbstbestimmung drinnen. Es gibt die Möglichkeiten, was wir im Rahmen unserer Diskussionsgrundlage haben. Wir haben die Rechtsexperten, die uns beraten können, was wir im Rahmen dieser uns gegebenen Möglichkeiten tun können. Das müssen wir abstecken und da müssen wir wei-

tergehen. Wir müssen die Grundlage schaffen, um nahe in die Details zu gehen. Den Rahmen brauchen wir. Deshalb sind die Grenzen der Autonomie das ideale Thema.

DURNWALDER Luis: Bitte finde ein anderes Wort. Wenn wir da sind, die Autonomie zu erweitern, dann sollten wir nicht gleich mit den Grenzen anfangen.

POLONIOLI Laura: Scusate, cornice dell'autonomia che significa come identifichiamo la nostra autonomia.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Dann lassen wir den Rahmen weg. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden im Kreis und kommen wieder genau dorthin, wo wir das letzte Mal aufgehört haben. Das möchte ich einfach klarlegen. Wenn Ihr "Ausbau der Autonomie" lest, dann frage ich mich, wo wir jetzt wieder angekommen sind, nämlich genau bei diesem Thema.

DURNWALDER Luis: *(unterbricht)*

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Das ist schon richtig. Bevor wir das Dach bauen, müssen wir zuerst einmal die Basis schaffen.

Ein Vorschlag wäre "Rahmen und Grenzen der Autonomie". Ich schaue jetzt zu den Juristinnen hinüber ...

WIDMANN Andreas: Ich würde es dynamischer formulieren, und zwar: Wie viel geht mit der Autonomie? Das ist, glaube ich, das Thema. Wie viel ist mit der Autonomie möglich? Es geht nicht darum, was jetzt die Autonomie ist, sondern wie viel Autonomie möglich ist.

● ● ● ● ● ● ● ●

HAPPACHER Esther: Das ist jetzt keine rechtliche Wertung, ob man Schranken, Grenzen, Ausbau, Zukunft oder Vision Autonomie nimmt. Es ist tatsächlich ein negativ besetzter Ausdruck, wenn wir mit den Schranken beginnen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Die Schranken haben wir jetzt schon weggelassen.

CORRARATI Claudio: In Italienisch zum Beispiel "potenzialità dell'autonomia".

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Das heißt dann Möglichkeiten der Autonomie, wenn ich das jetzt übersetze.

Das bringe ich jetzt zur Abstimmung. Wer ist dafür, dass wir das nächste Mal mit dem Thema "Möglichkeiten der Autonomie" beginnen? Ich mache die Gegenprobe: Wer ist dagegen? Ich sehe, dass niemand dagegen ist. Wir haben also den Konsens gefunden. Das Thema ist jetzt festgelegt.

Andreas, bitte.

WIDMANN Andreas: Und die Arbeitsweise?

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Im Plenum. Ich glaube, dass wir jetzt nicht wieder mit der Diskussion anfangen sollen. Das nächste Mal beginnen wir mit dem Versuch, das im Plenum zu diskutieren.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ich wünsche eine gute Nachhausefahrt und einen schönen Abend.



ORE 20.54 UHR